

„Kein Plan B – Kein Plan insgesamt“

Die geplante Schließung der Lernwerkstatt Wien West im 17. Bezirk zeigt, wie kurzfristige Verwaltungslösungen jahrelang aufgebaute und inklusive Bildungsqualität gefährden. Während in Wahlprogrammen Inklusion, Schulautonomie, Mitbestimmung und Transparenz groß angekündigt werden, erleben wir in der Realität das Gegenteil. Wir setzen uns für eine Bildungspolitik ein, die sich nicht an Systemzwängen orientiert, sondern an den Bedürfnissen der Kinder. Denn wer Inklusion verspricht, darf sie nicht im nächsten Atemzug abschaffen.

Alternativlosigkeit ist keine Bildungspolitik

Im gemeinsamen, von den Eltern erbetenen Termin am 1. April 2025 mit Bildungsstadträtin Emmerling und Bildungsdirektorin Fuchs wurde deutlich: Die Maßnahme wurde längst beschlossen. Angeblich wurden Alternativen „geprüft“, doch welche genau, bleibt unbeantwortet. Eine Machbarkeitsstudie? Fehlanzeige. Transparente Planung? Nicht vorhanden. Beteiligung? Nicht vorgesehen.

Die Bildungsdirektion Wien und Bildungsstadträtin Bettina Emmerling erklärten, dass „es keine Alternative“ gäbe – und baten um Vertrauen in die Arbeit der Bildungsdirektion. Doch Vertrauen braucht Transparenz, Mitsprache und Weitblick. All das vermissen wir in diesem Prozess schmerzlich.

Wenn Raumnot zur Bildungsnot wird

Die Entscheidung, den 3. Stock in der Hernalser Hauptstraße zu räumen, um dort künftig noch mehr Kinder mit körperlicher Behinderung zu beschulen, mag auf den ersten Blick nachvollziehbar erscheinen. Doch auf den zweiten Blick zeigt sich: Es ist zum wiederholten Mal eine offensichtliche Notfall-Lösung, die nicht aus langfristigem Planen, sondern aus kurzfristigem Umschichten und Herumverschieben entstanden ist. Der steigende Bedarf an barrierefreien und inklusiven Schulplätzen ist seit Jahren bekannt. Behindertenorganisationen und Interessenvertretungen weisen darauf seit Jahren hin. Warum wurden nicht frühzeitig neue inklusive Schulen gebaut oder bestehende erweitert? Stattdessen wird mit der Lernwerkstatt Wien West ein seit über einem Jahrzehnt etabliertes und funktionierendes inklusives Bildungsmodell im 17. Bezirk zugesperrt.

Vertrauen ersetzt keine pädagogische Verantwortung

Zwar wurden Kommunikationsfehler eingeräumt und signalisiert, dass Details wie die geplante vierjährige Ausdünnungsphase oder die konkrete Ausgestaltung des neuen Standorts Panikengasse noch nicht final fixiert seien. Auch eine zweijährige Schulentwicklungsberatung wurde in Aussicht gestellt. All dies soll „mit der Schulleitung“ erfolgen – eine Einbindung der Eltern oder gar der betroffenen Schüler:innen ist nicht vorgesehen. Statt echter Mitsprache, werden die Betroffenen hier wieder um Vertrauen ersucht.

Ein besonders gravierendes Beispiel für die Unverbindlichkeit zeigte sich bei der Frage nach Mindeststandards für die Beschulung von Kindern mit Sprachstörung: Eine Antwort blieb aus. Auch hier: Vertrauen. Doch das reicht nicht. Kinder mit erhöhtem Förderbedarf brauchen keine vagen Zusicherungen, sondern verbindliche Konzepte, Räume, und Expert:innen.

Auf unsere Frage nach Strategien, Plänen, Konzepten wurde ausgewichen, man verstehe, dass wir uns Transparenz wünschen, die könne man aber nicht anbieten. Müssen wir also auch künftig einfach darauf *vertrauen*, dass beim nächsten Raumbedarf – verursacht durch offensichtlich fehlende vorausschauende Planung – nicht wieder ein funktionierendes Bildungsangebot geopfert wird? Es erscheint uns Eltern nur eine Frage der Zeit, wann die nächste Schließung eines Leuchtturmprojekts wieder mit reiner Verwaltungskalkulation argumentiert wird.

Zwischen Anspruch und Wirklichkeit klafft eine Lücke

Die gelebte Realität steht in krassem Widerspruch zu dem, was politisch derzeit angekündigt wurde. Insbesondere die NEOS sprechen im aktuellen Wahlprogramm von der „besten Schule ums Eck“, von Schulautonomie, von echter Inklusion, von Transparenz, von Partizipation und davon, dass „die Eltern am besten wissen, was für ihr Kind richtig ist“. Die Realität sieht anders aus: Eine funktionierende inklusive Schule wird ohne Alternative für das Einzugsgebiet geschlossen. Die Einbeziehung von Eltern und Pädagog:innen in Planungen ist nicht vorgesehen. Auch die Schulleitung wird nicht in die Planung eingebunden, sondern wird erst nach Fixierung der Maßnahmen mit der Aufgabe betraut, bereits getroffene Entscheidungen umzusetzen. Entscheidungen werden top-down gefällt – ohne jede Transparenz oder Nachvollziehbarkeit.

Mut zur Reform? Oder Angst vor dem Diskurs?

Die Bildungsstadträtin und ihre Verwaltung lassen jeglichen Mut vermissen, grundlegende Herausforderungen anders anzugehen. Es fehlt der Gestaltungswille, die Kraft zur Innovation. Statt mutiger Reformen erleben wir Verwaltungshandeln unter dem Deckmantel von Pragmatismus. Doch: Eine inklusive Bildungseinrichtung zu opfern, ist kein Fortschritt. Es ist ein Rückschritt – und eine bewusste Investition in segregierende Sonderschulstrukturen.

Dass eine von den Eltern angekündigte Demonstration als „verbrannte Erde“ bezeichnet wurde, zeigt, wie wenig Raum für echten Dialog tatsächlich gegeben ist. Demokratie lebt vom Diskurs – nicht vom Durchregieren. Eine transparente Bildungspolitik, wie insbesondere im NEOS-Programm gefordert, sieht anders aus.

Wir fordern eine Bildungspolitik, die das Kind ins Zentrum stellt – nicht das System. Wir kämpfen weiter – für die Rechte unserer Kinder, für inklusive Bildung, für Teilhabe und für eine Bildungspolitik, die Partizipationsprozesse nicht nur in Wahlprogrammen verspricht, sondern auch tatsächlich durchführt.

DEMO für eine inklusive Bildungspolitik

Donnerstag, 10. April 2025

16:00 Uhr

Vor dem Bildungsministerium, Minoritenplatz 5, 1010 Wien

Die geplante Schließung der *Lernwerkstatt Wien West* im 17. Bezirk ist mehr als ein Einzelfall – sie steht exemplarisch für eine Bildungspolitik, in der Verwaltungslogik über Pädagogik gestellt wird und Mitsprache durch Alternativlosigkeit ersetzt wird. Statt mittel- oder langfristiger Strategien erleben wir erneut kurzfristige Notlösungen – ohne erkennbaren Willen, die bestehenden Herausforderungen des Bildungssystems nachhaltig verbessern zu wollen.

Lasst uns gemeinsam ein Zeichen setzen – für echte Inklusion, für Teilhabe, für transparente Entscheidungen und für eine Bildungspolitik, die Kinder und Gemeinschaft ins Zentrum rückt.